

«Wer reich stirbt, stirbt in Schande»

Schweizer Stiftungen auf der Spur von Warren Buffett sowie Bill und Melinda Gates

Michael Ferber · In der Schweiz laufen derzeit Vorbereitungen für ein mögliches «Spendenversprechen» nach amerikanischem Vorbild. Eine solche Initiative müsse hierzulande angedacht werden, sagte Carolina Müller-Möhl, Präsidentin der Müller-Möhl Group, am Stiftungsrechtstag der Universität Zürich. Dabei verpflichtet sich jedes Mitglied, die Mehrheit seines Vermögens während Lebzeiten oder spätestens beim Tod für gute Zwecke zu geben.

Spendenversprechen

Laut Müller-Möhl gibt es immer wieder gesellschaftliche Bedürfnisse, die weder Staat noch Privatwirtschaft befriedigen könnten oder wollten. Professionelle Stiftungen hätten die Unabhängigkeit und den Freiraum, innovativer zu denken und zu handeln als der Staat. Die Idee für die Initiative stammt von dem US-Grossinvestor Warren Buffett. Dieser hat sich dazu verpflichtet, 99% seines Vermögens von damals 44 Mrd. \$ an die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zu verschenken. In den USA haben sich rund 100 der gut 400 US-Milliardäre dieser Initiative namens «The Giving Pledge» angeschlossen.

Christian Jacobs, Präsident des Stiftungsrats der Zürcher Jacobs Foundation, einer der grössten Stiftungen Europas, sagte, er finde die Idee eines solchen Schweizer «Spendenversprechens» sehr gut. Ein wohlhabender Mensch müsse nicht wie Dagobert Duck auf seinem Geld sitzen. Auch Dominique Jakob, Professor an der Universität Zürich, sprach sich für ein solches Vorhaben aus. Es biete die Chance, ganze Generationen ins Boot der Philanthropie zu holen.

Müller-Möhl, die auch Mitglied im Verwaltungsrat der NZZ-Mediengruppe ist, zitierte den Grossindustriellen Andrew Carnegie mit den Worten «Wer reich stirbt, stirbt in Schande». Bei einem «Spendenversprechen» stehe die Person des Spenders im Vordergrund. Dies widerspreche Schweizer Tugenden wie Nüchternheit oder Bescheidenheit. Hier müsse es ein Umdenken geben. In der Schweiz mache die Summe aller Privatpenden 0,5% des Bruttoinlandprodukts aus. In den USA seien es 1,7%, wobei aber die Hälfte an religiöse Institutionen gehe. An der Veranstaltung wurde auch die Frage diskutiert, ob eine solche Initiative nicht als «Top-Down»-Ansatz interpretiert werden könne, bei dem der Bürger zum Bittsteller degradiert werde. Auch stelle sich die Legitimationsfrage, schliesslich seien die

Spender nicht gewählt. Laut Jacobs müssen Stiftungen deshalb täglich zeigen, dass sie den Staat nicht ersetzen wollten und könnten. Deshalb sei es wichtig, dass Stiftungen eine gute Governance hätten. Gemäss Müller-Möhl wolle ein solcher «Giving Pledge» eine Bewegung sein, die alle mittragen, und keine «PR-Kampagne für die Reichen».

Niedrige Erträge

Auch im Stiftungssektor mehren sich indessen die Klagen über Schwierigkeiten bei der Geldanlage. Die Geldpolitik der Zentralbanken hält die Zinsen künstlich niedrig. Die Folge sind immer niedrigere Erträge. Da viele Stiftungen das Ziel haben, ihre Arbeit aus den Kapitalmarkterträgen zu finanzieren, hat die schwierige Lage an den Finanzmärkten negative Auswirkungen auf den Sektor. Die zuletzt in kurzen Zeitabständen aufeinanderfolgenden Krisen beeinträchtigten Rendite, Sicherheit und Substanz, sagte etwa Harold Grüninger, Anwalt bei der Kanzlei Homburger und Vizepräsident des Verbands proFonds.